

Verantwortliche Redakteure.
für den politischen Theil:
E. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
A. Hockner,
für den übrigen redakt. Theil:
A. Schmiedeknecht,
sämmlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratenthail:
O. Guortz in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei **H. J. Schick, Hoflieferant,**
Gr. Gerber- u. Dreifisch-Gasse,
Otto Fickisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Chayleski,
in Meseritz bei P. Kattias,
in Weichsel bei J. Jachowicz
u. b.d. Inserat-Annahmestellen
von **G. L. Danke & Co.,**
Saasenstein & Fogler, Rudolf Hofe
und „Invalidenbank.“

Nr. 147.

Donnerstag, 27. Februar.

1890.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Am t l i c h e s.

Berlin, 26. Februar. Der König hat den bisherigen Gouvernements-Auditeur, Justizrath Penker zum Ober- und Corps-Auditeur ernannt.
Der König hat auf Grund des § 28 des Landesverwaltungs-gesetzes vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) das zweite ernannte Mitglied des Bezirksausschusses zu Magdeburg, Regierungsrath Kallisch daselbst, zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Vorsteher dieser Behörde mit dem Titel „Verwaltungsgerichtsdirektor“ ernannt.
Den Domänenpächtern Jerichow zu Ottersburg, Kricheldorf zu Kalbe a. S., Schaeper zu Altona, Regierungsbezirk Magdeburg, ist der Charakter als königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.
Die zweite Verathung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.
Bei Kap. 90 Tit. 8 „Dienstaufwandsentschädigung für Landräthe“ plädiert
Abg. v. Meyer (Arnswalde, wildkons.) dafür, den Landräthen statt des jetzt gewährten, vielfach unzureichenden Pauschquantums als Entschädigung für Portofohlen eine den wirklichen Portoausgaben entsprechende Entschädigung zu gewähren.
Geheimrath Haase erwidert, daß die Einrichtung des Pauschquantums im Interesse der Vereinfachung getroffen und überall der höchste Satz angenommen sei. Reiche derselbe nicht aus, so müsse allerdings eine Erhöhung eintreten, denn die Beamten dürften keinen Nachtheil haben.
Bei Kap. 91 Tit. 1 „Polizeipräsident von Berlin“ fragt
Abg. Goldschmidt (Hr.) an, ob der Minister Kenntnis habe von der den Handwerkern durch Verfügung des Polizeipräsidenten auferlegten Stempelabgabe für Abänderung von Schildern, und auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung diese Stempelabgabe erhoben werde. Eine derartige Abgabe sei in vielen Fällen sehr drückend, z. B. wenn wegen Todesfalls das Geschäft von der Wittwe fortgesetzt werde.
Minister des Innern Herrfurth entgegnet, daß bis zum vorigen Jahre ein Erlaubnißschein für Abänderung des Schildes ausgestellt wurde, für welchen nach dem Stempelgesetz eine Abgabe gezahlt werden müsse. Seit dieser Zeit sei aber ein formloses Schreiben für genügend befunden worden, in Folge dessen von einer Stempelabgabe Abstand genommen werde.
Abg. Goldschmidt bemerkt, daß ihm zwar noch vor wenigen Tagen von dem Fall einer solchen Stempelabgabe Mittheilung gemacht sei, daß er aber hoffe, das Polizeipräsidium werde nach den Ausführungen des Ministers verfahren.
Zu Titel 8 „Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten“ befürwortet
Abg. Mehnert (Zentr.) unter Hervorhebung der gedrückten Existenz der Schutzleute eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für diese Beamten.
Minister Herrfurth weist darauf hin, daß auch diese Beamten bei der bevorstehenden allgemeinen Besoldungsbesserung eine Gehaltserhöhung zu erwarten hätten, daß aber auch die Schutzleute gerade im Falle der Invalidität sehr leicht als gediente Beamte Anstellung fänden.
Bei Kap. 94 „Landgendarmarie“ verlangt
Abg. v. Meyer (Arnswalde) Vermehrung der Landgendarmarie, vor allem aber bessere Besoldung, denn daß diese ungenügend sei, zeige die geringe Zahl von Anwärtern für diese Stellen. Bei der geringen Zahl dieser wichtigen Beamten sei es nicht wunder-

lich, wenn sie sich gegenüber der überhandnehmenden Sozialdemokratie nicht genug Respekt verschaffen können.
Minister v. Herrfurth erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Das Institut sei zu wenig zahlreich und zu gering besoldet. Berlin habe etwa nur 500 Schutzleute weniger als das gesammte andere Land Gendarmen. Sein Ideal sei die französische Einrichtung von größeren kasernirten Depots, von welchen aus in Fällen der Gefahr leicht Hilfe gesandt werden könne. Zum wenigsten erstrebe er die möglichst zahlreiche Einrichtung von Doppelposten, denn zwei Gendarmen könnten sich mehr Respekt verschaffen als ein einzelner. In finanzieller Beziehung sei im Etat durch Einrichtung von Altersklassen bereits eine Aufbesserung vorgezogen, er wünche noch weitere Gehaltsverbesserungen zu gewähren, sei aber durch finanzielle Rücksichten gebunden.
Abg. Mehnert weist darauf hin, daß die Gendarmen, obwohl sie altgediente Leute seien, von ihren Militärvorgesetzten oft zu schroff und vielfach in unwürdiger Weise behandelt würden.
Minister v. Herrfurth erwidert, daß die Gendarmen eine straffe militärische Zucht habe, weswegen sie auch ein Elitcorps sei. Daß die Gendarmen im Allgemeinen unwürdig behandelt würden, müsse er in Abrede stellen; es könne sich nur um Ausnahmefälle gehandelt haben.
Abg. Dr. Vangerhans (Hr.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Gendarmen bei ihrem schweren Dienst etwas besser besoldet werden. Er halte jedoch das Verhältniß der Gendarmen zu ihren Militär- und Civilvorgesetzten für abänderungsfähig und für besser, wenn der Militärvorgesetzte mehr gegen den Civilvorgesetzten zurücktrete.
Abg. v. Derken (kons.) befürwortet, auch das Gehalt der Ober-Wachtmeister entsprechend aufzubessern, da die Ausgaben der Ober-Wachtmeister bei ihrem äußerst schweren Dienst und den größeren Reisen ziemlich hohe seien.
Minister Herrfurth sagt zu, daß auch die Ober-Wachtmeister in dem Nachtragsetat bedacht werden sollen.
Abg. Bödiker (Ztr.) spricht den Wunsch aus, daß auch Fuß-Gendarmen in vermehrter Zahl zu Ober-Wachtmeistern, die jetzt fast ausschließlich aus den berittenen Gendarmen genommen würden, befördert werden möchten.
Der Titel wird bewilligt.
Bei Kap. 96 „Strafanstalts-Verwaltung“ tritt
Abg. Dr. Kropatschek (kons.) dafür ein, daß die Strafanstalts-Lehrer in ihrem Gehaltsmaximum mit den Volksschullehrern in den größeren Städten gleichgestellt werden möchten.
Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.
Die einmaligen Ausgaben werden debattelos nach den Vorschlägen der Kommission unter Streichung des Tit. 7 „Strafanstalt zu Wartenberg“ bewilligt.
Es folgt die erste Verathung des Antrages Berger (wild-lib.), betr. die Verrückung der fiskalischen Brückenzölle.
Zur Begründung des Antrages führt
Abg. Olzem (ntl.) aus, daß die Brückenzölle mit demselben Recht aufgehoben werden müßten wie die Schaafzölle. Die Steuer sei sowohl lästig und widerwärtig, weil man bei jedem Wetter und Unwetter um ein paar Pfennige an der Brücke warten müsse, aber auch aus sozialpolitischen Gründen verwerflich, denn die Arbeiter, die über eine Brücke zur Arbeit gingen, müßten täglich zweimal 4 Pf. zahlen, also eine Steuer von 25 M. jährlich. Dabei trage dieser höchst lästige Zoll nicht einmal 300 000 M. ein. Er beantrage Ueberweisung an die Budgetkommission.
Geheimrath Lehnert bezieht sich auf die früheren Erklärungen der Regierung, deren sachliche Stellung bei einer etwaigen Verhandlung in der Budgetkommission ausführlicher dargelegt werden könne.
Abg. Stöckel (Zentr.) unterstützt den Antrag, der den kleinen Leuten höchst willkommen sei, weil er eine äußerst lästige tägliche Steuer aufhebe.
Geheimrath Lehnert bemerkt, daß die Regierung prinzipiell

nicht gegen den Antrag sei, daß sie aber nicht eine Erleichterung, sondern eine Erhöhung des Verkehrs davon befürchte, weil der Anreiz zum Bau neuer Brücken damit fortfalle.
Abg. Böhm (kons.) schließt sich dem Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission an, hebt aber gegen die Aufhebung der Brückenzölle das Bedenken hervor, daß nicht alle Brücken fiskalisch, sondern auch viele privat seien, deren Zölle dann auch aufgehoben werden müßten, und spricht die Befürchtung aus, daß, wenn der Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Brücken fortfalle, wenig neue Brücken würden gebaut werden.
Der Antrag wird hierauf an die Budgetkommission verwiesen.
Es folgt die Verathung des Antrages v. Gynern (nl.) auf Uebernahme der aus dem Jahre 1807 herrührenden Kriegsschulden, insbesondere der Stadt Königsberg auf den Staat.
Abg. Olzem (nl.) begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es nationale Ehrenpflicht des Staates sei, Schulden, die nicht im Interesse der Stadt Königsberg, sondern im Interesse der Gesamtheit in schwerer Kriegszeit aufgenommen seien, auf den Staat zu übernehmen. Es sei nur verwunderlich, daß das nicht schon längst geschehen sei, obwohl finanzielle Rücksichten jetzt nicht mehr wie früher in Frage kämen. Auch diesen Antrag bitte er der Budgetkommission zu überweisen.
Abg. Dr. Krause (nl.) befürwortet den Antrag besonders mit Rücksicht auf die Stadt Königsberg, die ein Recht darauf habe, daß die aus den französischen Kontributionen herrührenden Kriegsschulden wenigstens in ihrem Rest von dem Staat übernommen würden. Keine Stadt sei in dem unglücklichen Kriege so ausgezogen worden, wie Königsberg, welches wegen seiner geographischen Verhältnisse ohnehin schon mit Kalamitäten zu kämpfen habe. König Wilhelm I. habe wiederholt seine Sympathie für die Stadt Königsberg ausgesprochen und er hoffe deswegen auf eine freundliche Stellung der Regierung zu dem Antrag.
Die Abgg. v. Meyer (Arnswalde) und Sad (kons.) begrüßen den Antrag mit besonderer Beziehung auf die Neumark und Lausitz.
Nach einem Schlußwort des
Abg. v. Gynern (nl.), der besonders auf die gegenwärtige finanzielle Lage des Staates hinweist, wird der Antrag an die Budgetkommission verwiesen.
Es folgen Wahlprüfungen.
Ueber die Wahl des Abg. Wahlstedt wird die Beschlufsfassung nach dem Kommissionsantrag ausgelegt; die Wahlen der Abgg. Schlabik, v. Schendendorff und Burghard werden für gültig erklärt.
Die Wahl des Abg. Dr. Stüve (2. Osnabrück) beantragt die Kommission zu beanstanden und Erhebungen über mehrere behauptete Unregelmäßigkeiten anzustellen, namentlich darüber, ob in der Stadt Vingen die Wahlbezirke überhaupt festgestellt sind, und ob die von dort gemeldeten Beeinflussungen eines Maschineninspektors Hummel auf die ihm unterstellten Arbeiter sich bewahrheiten.
Abg. Berger (wild-lib.): Ich erkenne an, daß bei dieser Wahl Dinge vorgekommen sind, die eine weitere Untersuchung rechtfertigen. Aber ich möchte auf Grund eines mir vorliegenden Briefes des Maschinenbauinspektors Hummel, welcher darin entgegen den Behauptungen des Wahlprotestes seine Unschuld bezeugt, die Herren bitten, sich nicht zu sehr von dem Eindruck des Wahlprotestes, der sich auf eine angebliche Beeinflussung dieses Maschineninspektors auf seine Untergebenen stützt, leiten zu lassen. Wir sind alle Sünder, und bei allen Parteien kommen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen vor. Aber es liegt in der Natur, daß solche Unregelmäßigkeiten durch Wahlproteste in das grellste Licht gestellt werden.
Abg. v. d. Neck (kons.): Ich möchte doch bitten, daß solche Ausdrücke „Wir sind alle Sünder“ mit Bezug auf andere Parteien nicht gewählt werden.

Hat Berlin eine Gesellschaft?

Von Conrad Alberti.

(Nachdruck verboten.)

Hat Berlin eine Gesellschaft?
Diese Frage ist eine von denen, auf welche man keine Antwort erwartet, denn die Antwort ist längst gegeben, die ganze Welt ist sich darüber einig. Sie lautet: „Nein“ — oder vielleicht zutreffender: „Noch nicht.“
Berlin hat keine Gesellschaft, in dem Sinne, wie wir von einer Pariser und Londoner Gesellschaft sprechen. Es ist allerdings kürzlich ein Buch erschienen, betitelt: „Die Gesellschaft von Berlin“, allein dasselbe enthält nichts als ein Adressenverzeichnis der in Berlin und Umgegend ansässigen Diplomaten, höheren Militärs, Börsenmänner, Schriftsteller, Künstler, Aerzte, Juristen, Professoren u. s. w. Denn diese zehntausend Leute existiren eben sämmtlich nur neben einander, nicht miteinander und ihr Verkehr, soweit er stattfindet, beschränkt sich auf rein geschäftliche Dinge, die nur in Fällen unumgänglicher Nothwendigkeit persönlich erledigt werden. Nirgends bevorzugt man so den schriftlichen Verkehr wie in Berlin. Persönliche Zusammenkünfte nichtgeschäftlicher Art finden fast nur statt unter Genossen derselben Berufs-kategorie oder derselben Steuerstufe. Von dem, was eine „Gesellschaft“ in höherem Sinne als der rein volkswirtschaftlichen ausmacht, von der zwanglosen Mischung, dem persönlichen Verkehr aller Berufs-kreise, aller Stände an neutralen Orten, finden sich in Berlin kaum die Anfänge. Der Mensch bedarf der Unterhaltung, des Verkehrs — in Berlin sucht man diese fast nur unter solchen, mit denen man auch in ständiger ge-

schäftlicher Beziehung steht und die sich etwa auf derselben Stufe des Besitzes, des Einkommens befinden. Von Anderen schließt man sich geflissentlich ab. Man wird das heutige Berlin am richtigsten kennzeichnen, wenn man es als eine große Kooperationsgenossenschaft bezeichnet, in der Jeder ein Bedürfnis der Gesamtheit zu befriedigen strebt und dadurch seine eigene Existenz zu sichern sucht. Der Berliner verlangt für sich und Jedermann völlige Freiheit, zu arbeiten und zu leben wie er will — aber auch zu verkehren mit wem er will. Er schwärmt für rechtliche Gleichheit, aber nicht für gesellschaftliche, sein Mitbürger ist ihm sein Mitbruder nur vor dem Gesetz, nicht vor der Sitte, nur im Arbeitsrock, nicht im Frack, nur vor den Schranken, nicht vor dem Büffet. Er haßt die Privilegien, aber er liebt die Kasten. Sein politisches Gewissen und sein gesellschaftliches sind himmelweit verschiedene Dinge.
Das Bestehen und die Eigenart einer Gesellschaft pflegt man zu erkennen an den „Salons“ und beurtheilt sie nach ihnen.
In Berlin ist die Einrichtung der „Salons“ überhaupt unbekannt. Nicht, als ob die Reichshauptstadt kein gesellschaftliches Leben hätte, keine häuslichen Festlichkeiten. Die Gastfreundschaft genießt hier eine großartige Pflege, und wer sich nur einiger Bekanntschaften erfreut, wird mit Einladungen überschüttet, so daß er sich kaum retten kann. Namentlich junge, unverheirathete Leute. Bei solchen Jourfixen, Dinners, Soupers — man gebraucht in Berlin stets die Fremdwörter — geht es hoch her, die kostbarsten Speisen kommen auf den Tisch, der Wein fließt in Strömen.

Aber das sind keine Salons. Die Anwesenden gehören fast stets demselben oder verwandten Berufs-kreisen an. Die jüngeren Leute sind hauptsächlich geladen, den anwesenden Damen nicht ihren Geist zur Verfügung zu stellen, sondern ihre Beine; die älteren gruppiren sich mit Vorliebe um den grünen Tisch. Ein Ort, an dem man vor Allem speist und trinkt — wie vortrefflich auch immer — sodann tanzt und spielt, ist kein Salon. Das Merkmal des letzteren besteht eben in der Mischung der Elemente, in der Vereinigung der entgegengesetzten Berufs-klassen, in der Abwesenheit materieller Beschäftigung, in der Hingabe an die reine Unterhaltung, die zierliche und geistvolle Konversation.
Es hat nicht an Versuchen gefehlt, diese Einrichtung in Berlin einzubürgern. Was Paris kann, vermag doch Berlin auch! dachte man sich; an Größe und Reichthum wetteifert es mit ihm, und Leute von Geist sind auch in Berlin nicht so selten. Verschiedene Finanzmänner und Leute von der Feder gaben sich die redlichste Mühe, Salons einzurichten und Elemente von Geist aus den verschiedensten Kreisen in ihren Häusern zusammenzubringen. Die Versuche sind bisher sämmtlich gescheitert. Man glaubte, der Geselligkeit neues Leben einzufloßen, indem man den früher gesellschaftlich verpönten Bühnenkünstlern die Häuser öffnete. Aber mit den ehrenhaften drängten sich so viele zweifelhafte Elemente hinein, daß die besseren Häuser die Versuche bald aufgeben mußten. Andere Künstler — Maler und Musiker — die anfänglich den Bestrebungen mit größter Theilnahme gegenüberstanden, zogen sich bald zurück, als sie mit Unwillen erkannten, daß man sie an einzelnen Stellen nur zur Unterhaltung der übrigen Gäste

Abg. Berger: Sollte jemand an diesem Ausdruck Anstoß nehmen, so nehme ich ihn gern zurück.

Abg. Bachem: Ich muß dagegen protestieren, daß Wahlbeeinflussungen von allen Parteien geübt würden. Uns ist kein Fall bekannt, wo ein ultramontaner Arbeitgeber oder Vorgesetzter eine Wahlbeeinflussung ausgeübt hätte; wohl aber sind die Wahlkassen gespickt mit Fälschen, in denen nationalliberale Arbeitgeber und Beamte die Wahlfreiheit aufs Gröblichste verletzten. Ich erwähne nur einen Fall, den ich selbst beobachtet habe, wo ein nationalliberaler Eisenbahnbeamter sich am Wahltag hinsetzte und die Stimmabgabe der Beamten kontrollierte.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Herr Berger die Wahlbeamtung nicht ansieht, so weiß ich nicht, weshalb er seinen Exkurs gehalten hat. Die Wahlen sind nicht frei, wenn ein Vorgesetzter, wie der Maschinenbauinspektor Hummel, die Abstimmung der untergebenen Beamten kontrolliert.

Abg. Berger: Ich habe meine Ausführungen nur gemacht, um den Eindruck des Wahlbrotess, der sich auf noch nicht bewiesene Behauptungen stützt, abzuwachen. Augenblicklich sind mir Fälle von Wahlbeeinflussungen von ultramontaner Seite nicht bekannt, mit Ausnahme eines Falles aus dem Reichstage, wo ein katholischer Geistlicher einem Buchdrucker gedroht habe, er werde im Fall einer Unterstützung der Gegenpartei die Existenz seines Blattes von der Kanzel herab vernichten (hört, hört! bei den Nationallib.). Ich erinnere auch daran, daß die Anwesenheit des Pastors in den Wahllokalen am Rhein die Regel ist.

Abg. v. Eynern: Ich möchte Herrn Bachem ersuchen, den von ihm zuletzt erwähnten Fall zu benennen; nur dann kann man darauf eingehen.

Abg. Bachem: Ich bin bereit, jedem, der sich dafür interessiert, den Namen zu nennen, aber nicht hier im Hause, damit wir nicht solche Auseinandersetzungen bekommen, wie sie Herr von Eynern liebt, und die dann eine energische Erwiderung herausfordern. Ich war damals Wahlvorsitzer, beobachtete das Treiben des Herrn und machte denselben auch darauf aufmerksam, daß er die Leute förmlich Speißeputzen laufen lasse. Derartige Sachen kommen seitens der Nationalliberalen jedesmal vor; in der Zentrumsparthei giebt es aber keinen einzigen Fall, wo jemand seinen Einfluß als Arbeitgeber gemißbraucht hat.

Dafür, daß 1884 in Hannover die Sozialdemokraten von den Nationalliberalen unterstützt worden sind, habe ich einen neuen Beweis in einem zwei Tage vor der damaligen Stichwahl erschienenen Artikel der „Nationalliberalen Blätter“ in Hannover, in welchem ausdrücklich aufgeführt wurde, den sozialdemokratischen Kandidaten thätkräftig zu unterstützen. Auch die „Köln. Ztg.“ hat damals Ähnliches empfohlen.

Abg. Dr. Windthorst: Angesichts dieses von Herrn Bachem erwähnten Artikels möchte ich doch Herrn Sattler fragen, ob er von allen diesen Dingen nichts gewußt hat, da zugleich doch auch in Köln der Versuch gemacht worden ist, den Zentrumskandidaten mit Hilfe der Sozialdemokraten zu verdrängen.

Abg. Dr. Mithoff: Herr Sattler ist gegenwärtig nicht hier. Er hat aber meines Wissens gestern nicht behauptet, daß in Hannover ein Theil der Nationalliberalen für den Sozialdemokraten ihre Stimme nicht abgegeben habe, sondern nur, daß in dem Schriftwechsel zwischen der Zeitung in Hannover und Köln es abgelehnt worden ist, einen solchen Pakt zu schließen. Herr Bachem leugnete also Thatsachen, die nicht behauptet worden sind. Es ist nach seiner Richtung von Herrn Sattler in Abrede gestellt, daß die Nationalliberalen in Hannover zum Theil in der Richtung gestimmt haben (hört, hört! links). Herr Bachem will nur den Eindruck vermissen, den seine Haltung bei Eröffnung des Briefes, der an den Redakteur Julius Bachem und nicht an den Abg. Albert Bachem gerichtet war, gemacht hat. Dieser Eindruck kann aber nicht vermissen werden. Was wir verurtheilt haben, ist, daß Herr Bachem von einem fälschlich an ihn gelangten Briefe, zu

dessen Oeffnung er den Auftrag erteilt hatte, Gebrauch gemacht hat.

Abg. v. Eynern: Die „Nationalliberalen Blätter“ in Hannover haben nur kurze Zeit existirt. Nun sind wir aber wirklich nicht in der Lage, für jeden jungen Artikel in irgend einem nationalliberalen Blatte Verantwortung zu übernehmen; so fest sind wir nicht organisiert. Der von Herrn Bachem erwähnte Eisenbahnbeamte wird wohl selbst Verantwortung nehmen, sich gegen die hier erhobene Beschuldigung zu äußern. Jedenfalls sind derartig verdeckte Angriffe nicht am Platze.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich hier nicht um die Elaboration eines einzelnen Redakteurs, sondern um eine Auslassung der Partei. (Rufe: Nein!) Die „Köln. Ztg.“ ist doch ein Parteiblatt. (Abg. v. Eynern: Nein!) Gleiche Publikationen liegen in Hannover und Köln vor. Von ungefähr kam die Gleichheit nicht.

Abg. Bachem: Daß die Nationalliberalen 1884 die Sozialdemokraten unterstützt haben, kann nicht weggestritten werden. Was hat denn die Briefgeschichte hier wieder zu thun? Ich habe mit der Veröffentlichung in der „Köln. Volksztg.“ nichts zu schaffen. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Sie haben mir nur zu glauben, was ich sage. (Großer Lärm bei den Nationalliberalen und rechts.) Ich verbitte mir diese Insinuation. (Oh! rechts.) Wohin soll das führen, wenn Sie jeden Augenblick sagen: Das ist nicht richtig, was Sie sagen. Ich würde mir niemals erlauben, Ihnen gegenüber dasselbe zu thun.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Herr Bachem hat gestern den Abg. Dr. Sattler apostrophirt, als ob von diesem die Sache ausgeinge. Er hat verschwiegen, daß Herr Dr. Sattler abgelehnt hat, auf das Anerbieten einzugehen. Herr Bachem hätte seinen Stellvertreter in der Redaktion desavouiren sollen. Daß dieser in der Öffentlichkeit von einem durch Vertrauensbruch zur Kenntniß gekommenen Brief Gebrauch machte, war unehrenhaft und undelikat. Ich habe heute denselben Eindruck von Herrn Bachem, wie in der Affaire des Bürgermeisters Conrad: er muß einsehen, daß er Unrecht hat, aber er will sich der Ehrenpflicht entziehen, dies einzugehen.

Abg. Bachem: Würde ich diese Ehrenpflicht anerkennen, dann müßte ich ein gerichtliches Urtheil, auf dem ich meine Ansicht aufbaue, für nichts erklären (Widerpruch und Lärm bei den Nationalliberalen). Das können Sie unmöglich von mir verlangen. Von dem 2. Brief des Herrn Sattler ist mir nichts bekannt.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition mehrerer Gemeinden auf Nichtertheilung von Schulunterricht an einem Gelöbnistage wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber die Petitionen von Gymnasiallehrern in Rawitsch, Groß-Glogau und Oppeln um Gleichstellung im Gehalt mit den Richtern erster Instanz beantragt die Kommission mit Rücksicht auf die Erklärungen über die bevorstehenden Erhöhungen der Beamtengehälter zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Drape (dr.) beantragt, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Lehrer seien jetzt in den Gehaltsverhältnissen unvernünftig schlecht gestellt und hätten in Recht darauf, eine Gleichstellung mit den richterlichen Beamten zu erlangen. Alzu hohe Ausgaben würden dem Staate aus der Petition nicht erwachsen.

Die Abg. Schmelzer (nl.), von Bülow und Dr. Arendt (frk.) treten dem Antrage Drape bei, während Abg. Graf Clairon d'Haussonville für den Kommissionsantrag eintritt.

Abg. Bödiker (Zentr.) spricht sich im Sinne des Antrages Drape aus, betont zugleich aber die Nothwendigkeit, daß die Lehrer sich weniger als Beamte, wie als Lehrer, und namentlich nicht, wie es vielfach geschehe, als noch aktive und gewesene Reserveoffiziere fühlen (Zustimmung.) Trete eine Erhöhung des Einkommens ein,

so müßten die Gymnasien aber auch mehr den Ansprüchen gerecht werden, und namentlich müßten die Privatstunden fortfallen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.) bestreitet, daß die Lehrer deshalb, weil sie Reserveoffiziere seien, irgendwie einen schroffen Ton gegen die Schüler anschlagen. Daß Offiziere wohl gute Pädagogen sein könnten, zeige die vorzügliche Erziehung in dem Kadettenkorps. Für die Lehrer sei es geradezu wünschenswerth, Reserveoffiziere zu werden, weil sie sich dann besser eine Autorität zu verschaffen wüßten.

Abg. Bödiker erwidert, daß er nichts dagegen habe, daß die Lehrer Reserve-Offiziere seien; aber es sei gerade von älteren Lehrern bemerkt worden, daß doch unter den jüngeren Lehrern das Sentiment, das diese aus dem Militärleben mitbrächten, immer noch bemerkbar wäre.

Hierauf wird der Antrag Drape angenommen.

Eine Petition aus Salau-Sperl-Brustknehen, die Schullasten nach dem Grundstücksvererbtage zu vertheilen, wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Vorlagen über Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien, und betr. die Verbesserung der Oder und Spree, kleinere Vorlagen).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 26. Februar. Ueber den annähernd im französischen Kammerton geführten Streit zwischen Zentrum und Nationalliberalen bezüglich ihrer Stellung zur Sozialdemokratie ist die wichtige Erklärung des Ministers Herrfurth in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses über den Stand der Vorarbeiten für eine Reform der Landgemeinde-Ordnung in den östlichen Provinzen wenig beachtet worden. In der vorigen Session hatte der Minister, wie erinnerlich, auf eine Anfrage des Abg. Rickert die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vorarbeiten für eine Reformgesetzgebung auf diesem Gebiete so rasch gefördert werden könnten, daß eine bezügliche Vorlage in dieser Session an das Abgeordnetenhaus gelangen werde. Gestern hat Minister Herrfurth ziemlich unzweideutig zu verstehen gegeben, daß vorläufig von einer Reform der Gesetzgebung gar nicht die Rede sein werde, sondern daß die Regierung bemüht sei, auf dem Gebiet der bestehenden Gesetzgebung die vorhandenen Mißstände möglichst zu beseitigen. Selbst der nationalliberale Abgeordnete Sombart bezeichnete diese Erklärung als eine in hohem Grade bedauerliche. Die freikonservative „Post“ will zwar die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich schließlich eine Reform auf dem Wege der Gesetzgebung doch als unerlässlich herausstellen werde, giebt im Uebrigen aber zu, daß die Neuerungen des Ministers nicht geeignet seien, hohe Erwartungen zu erwecken. Die Befürchtung liege nahe, daß die innere Gesetzgebung Preußens mehr und mehr versumpfe. Die „Post“ führt für diese ihre Auffassung der Lage der Dinge auf dem Gebiete des Schul- und Wegerechts, der direkten Steuern, der Kommunal- und Kommunalsteuer-Verhältnisse an und giebt dann der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die bisherige Stockung in der preussischen inneren Gesetzgebung andauere, die nächsten Landtagswahlen ein ähnliches Resultat liefern würden, wie die neuesten Reichstagswahlen. Nach einem Seitenhieb gegen die „Nord-

mißbrauchen wollte, zum Stellen lebender Bilder, Vorspielen u. s. w. Unsere Finanzaristokratie erkannte zum ersten Mal, daß es etwas in der Welt gebe, was nicht mit Geld zu erreichen sei. An einer einzigen Stelle schien der Versuch zu glücken: im Hause eines bekannten Humoristen. Allein der Ruf von dem anregenden Reize dieser Empfangsabende verbreitete sich so rasch durch Berlin, daß Jedermann neugierig war, dieses unerhörte Wunder eines Berliner Salons zu sehen, daß die Schaar der sich zu dem Empfangsabende Drängenden in einer Weise von Woche zu Woche zunahm, welche den lebenswürdigen Wirthen schließlich Ungelegenheiten bereitete. Und so entschlossen sie sich in diesem Winter ihren Salon gar nicht zu öffnen.

Die Frage liegt nahe, worin die Ursachen dieser eigenthümlichen Erscheinung zu finden sind, die Berlin so ziemlich von allen Großstädten der Welt unterscheidet.

In einem Mangel an gesellschaftlichen Talenten können sie nicht bestehen, denn der Berliner ist mit Recht in der ganzen Welt berühmt durch seinen Witz, seinen Verstand — und Humor erscheint als die erste Bedingung zur Geselligkeit.

Ich glaube, die Gründe jener sonderbaren Erscheinung sind auf ganz anderen Gebieten zu suchen. Zunächst scheint die verhältnißmäßig untergeordnete Stellung, der geringe Einfluß der Frauen in Berlin viel dazu beizutragen. Eine Gesellschaft, in der die Frau eine unbedeutende Rolle spielt, ist nicht denkbar. Die Frauen geben den Ton der Unterhaltung an, sie regen an, sie erleichtern das Hinüberspringen von einem Gegenstand zum andern, sie beleben das Gespräch, sie vermitteln die Versöhnung der Gegensätze, die schärfer auf einander zu plagen drohen und sind Meisterinnen auf dem Felde der lebenswürdigen Bosheit, der leichten Medisance, die Reinen verlegt, der harmlosen Kofetterie. In Berlin erscheint noch heute die Frau dem Manne nicht gleich, sondern untergeordnet. Es scheint das ein Rest der alten Barbarei zu sein, eine Folge des späten Eindringens der Kultur in diese Gegend, denn Unterdrückung der Frau ist stets ein Charakterzug der Barbarei, der Herrschaft der brutalen physischen Gewalt, wie ihre Emanzipation einer der Kultur-entwicklung. Der Mann plagt sich den ganzen Tag über für seine Frau, seine Kinder — und man muß es dem Berliner lassen, daß er ehrlich „schuftet“ — er verlangt dafür des Abends, wenn er müde und abgehezt heim kommt, nichts als einen nahrhaften Tisch, einen geordneten Haushalt, eine „angenehme Häuslichkeit“, wie der Ausdruck lautet. Mehr verlangt er nicht, mehr will er gar nicht. Auch für den Berliner ist die Frau die Beste, von der man am wenigsten spricht. Eine Frau, die sich neben ihren wirth-

schaftlichen Sorgen in größerem Maße geistig beschäftigt, wohl über die Dinge mitreden will, die nach des Mannes Ansicht in sein Gebiet gehören, verfällt in Berlin bald dem Fluch der Lächerlichkeit, dem scharfen Spott. Die Frau ist in Berlin häufig die Konkurrentin des Mannes, aber selten seine Mitarbeiterin. Nichts würde der Berliner für ehrenvoller halten, als wenn man ihm nachsagte, er ließe sich in seinen Beruf oder in seine Anschauungen von seiner Frau hineinreden und mit bestimmen. In allen Ländern spielt die Frau in der Politik eine einflußreiche Rolle — in Berlin rührt sie nicht daran. Ueberall beschäftigen große politische Zeitungen Damen als Redakteure und Korrespondenten, nur in Berlin nicht — natürlich außer auf den Gebieten, auf denen der Mann völlig unerfahren ist, wie dem der Mode. Die Frau selbst wünscht das so, nirgends hat die Frauenemanzipation mehr Gegner unter dem Geschlecht selbst als in Berlin. Die Berlinerin will nichts wissen von Politik, sozialer Frage, Kunst — sie lebt nur für den einen Zweck, ihrem Gatten, Vater, Bruder ein so angenehmes Heim u. als möglich zu bereiten, ihre Kinder gut zu erziehen — außer ihrer Wirthschaft interessieren sie nur Toilettefragen, und höchstens Tanz und etwas Musik. Die Berlinerin kleidet sich mit Vorliebe sehr elegant, sie hat viel und guten Geschmack, allein sie macht Toilette fast ausschließlich für die anderen Frauen, sie will ihnen zeigen, daß sie sich ebensoviel leisten kann wie sie — „die Männer“, sagt sie, „verstehen doch nichts davon“. In einem vielgespielten deutschen Lustspiele wird von berühmten Frauen gesprochen und zum Schluß heißt es, es habe mal eine Frau mit vierzehn gesunden Jungen gegeben, das sei die berühmteste von allen — eine Stelle, die stets mit donnerndem Beifall von den Männern wie von den Frauen aufgenommen wird. In fast allen neuen Lustspielen ist der Weisheit letzter Schluß, die Frau gehöre an den Küchenherd, in die Kinderstube und nicht weiter.

Alles dies ist von einem gewissen Standpunkt aus ohne Zweifel sehr loblich, sehr ehrbar, sehr begreiflich — aber mit solchen Anschauungen bildet man keine Gesellschaft. Zu allen Zeiten waren nicht die Cornelian, die Elisabeth Götz, die Luise das belebende Element der Gesellschaft, sondern die Aspasia, die Dufessands, die Bettinen, die Rahels. Häusliche und gesellschaftliche Tugenden sind ganz verschiedene Dinge, so wenig auch die einen die andern ausschließen. Eine Madame Recamier vereinigte beide. Man betrachte nur, wie es in unsern Berliner Gesellschaften, ja wie es auf dem Heimwege mehrerer Familien aus dem Theater oder Kaffeehaus zugeht! Immer mehr reißt die Unsitte ein, daß sich so

schnell als möglich Herren und Damen in zwei Gruppen sondern, die sich in verschiedene Zimmer zurückziehen oder zehn Schritte auseinander bleiben, und für sich vollständig gefonderte Unterhaltungen pflegen. Die Herren rauchen, spielen Karten, treiben die trockenste Fachsimpelei, reden nur von den alltäglichen Berufsdingen, die Damen klagen sich die Noth, zuverlässige Dienstmoten zu erhalten, sprechen über Toilettenfragen oder nagen am Ruf der Abwesenden.

So aber kann nie eine „Gesellschaft“ entstehen. Die letztere erhält eben ihren Hauptreiz durch die Mischung der Geschlechter, durch das kurze Herüber- und Hinüberspringen der Bemerkungen, durch das eigenartige Licht, welches jeder von seinem Standpunkt auf Gegenstände von allgemeinem Interesse fallen läßt. Was man in unseren gesellschaftlichen Vereinigungen an Unterhaltung pflegt, sinkt entweder herab zum ödesten Familien- und Privatplatsch — so daß der in eine Gruppe gerathene Fremde sich wie verrathen und verkauft vorfindet — oder der Charakter des Gesprächs wird, sobald die Rede auf ernstere Dinge kommt, ein so schwerer, sachlicher, daß die Damen ihrer ganzen Bildung nach nicht mehr folgen können und vorziehen, sich zu trennen und ihre kleinen häuslichen Sorgen unter einander zu verhandeln. Selbst bis zum Hofe scheint sich diese gesellschaftliche Trennung der Geschlechter zu versteigen, an dem sich doch das ganze Land ein Muster zu nehmen pflegt. In dem Hofbericht über eine Soiree hieß es jüngst: „Der Kaiser widmete sich mehr den Herren, während die Kaiserin ihre Aufmerksamkeit mehr den Damen zuwandte.“

Außerordentlich hindernd tritt der Bildung einer „Gesellschaft“ in Berlin sodann die eigenthümliche örtliche — und vielleicht richtiger gesagt nationale — Eigenschaft in den Weg, sachliche Gegnerschaften jeder Art sogleich durch sich selbst auf die Personen zu übertragen. Wenn A. die politischen oder sonstigen Ansichten B.'s nicht theilt, oder wenn sie geschäftliche Mitbewerber sind, so gewöhnen sie sich nur zu leicht daran, sich als Feinde zu betrachten und jeder persönliche Verkehr ist ausgeschlossen, schon um ein hartes Aneinandergerathen im fremden Hause zu vermeiden. Sie stehen sich gegenüber wie zwei Löwen, die sich um das todte Wild streiten, das zwischen ihnen liegt. Sachliche Erörterungen arten nicht selten bald in persönliche Streitigkeiten aus, man sucht den Grund der Ansichten des Gegners in persönlichen Interessen und sucht seine Sache herabzusetzen, indem man ihm diese vorwirft. Der Feudale und der Sozialist betrachten einander nicht als Männer, die das Wohl des Vaterlandes auf verschiedenen Wegen erreichen wollen, sondern als Eigennützte, Charakterlose, denen es nur um

deutsche", welche über die Bedeutung der Reichstagswahlen noch kein Urtheil zu haben scheine, fährt die "Post" fort: "Wer die Augen nicht absichtlich zumacht, wird die entscheidende Einwirkung der Fleisch-, Brot- und Branntweinpreise auf den Ausfall der Wahlen nicht bestreiten. Die Gefahr der Bildung einer Koalition aller übrigen Interessen gegen den Großgrundbesitz ist durch dieselben deutlich in Erinnerung gebracht. Reformen, welche die Gleichheit der Rechte und Pflichten, wie sie für den Kreis bestehen, auch für die Gemeinde-Abgaben und Lasten im engeren Sinne gewährleisten, thun um so dringender Noth; die Stockung auf diesem Gebiete arbeitet den destruktiven Elementen in wirksamer Weise vor und ist der direkte Gegensatz gegen eine wirklich staatsverhaltende Politik." Es ist bemerkenswerth, daß selbst ein freikonservatives Blatt nicht umhin kann, in dieser Weise den Finger in die Wunde zu legen. Im Großen und Ganzen wird man der Ansicht der "Post" nur beipflichten können. In einem Punkte freilich faßt sie die Lage der Dinge noch etwas zu optimistisch an: zusehen, wenn sie meint, das Abgeordnetenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung biete die Gewähr für die Lösung der in Rede stehenden gesetzgeberischen Aufgaben in gut staats-erhaltendem Sinn. Wenn die Regierung vor einer gesetzgeberischen Reform der Verfassung der Landgemeinden in den östlichen Provinzen und vor einer Inkorporierung der selbständigen Gutsbezirke in die Gemeinden zurückschreckt, so hat das zum großen Theil wohl seinen Grund gerade darin, daß in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus die Großgrundbesitzerpartei, welche Reformen dieser Art seit 1850 auf das leidenschaftlichste bekämpft hat, stark genug ist, die gesetzgeberischen Vorschläge der Regierung zurückzuweisen. Eine Reform der Landgemeindeordnung in den östlichen Provinzen, welche jetzt von den Freikonservativen und National-liberalen verlangt wird, dürfte sich bei dem Ueberviegen der deutschkonservativen Partei als unausführbar erweisen. — Die Meldung, daß die Frage des Rücktritts des Fürsten Bismarck nicht nur von dem Vorsitz im preussischen Staatsministerium, sondern auch von seinem Posten als Reichskanzler nur mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen verhandelt worden sei, erregt um so größere Ueberraschung, als bisher immer nur davon die Rede gewesen ist und zwar auf Grund einer Aeußerung des Reichskanzlers selbst, daß die Leitung des preussischen Staatsministeriums in andere Hände übergehen werde, ohne daß dadurch der maßgebende Einfluß des Fürsten Bismarck erschüttert werde. So lange es sich nur um diese Erleichterung der Geschäftslast für den Reichskanzler handelte, konnte der Ausfall der Wahlen auf die Neuordnung der preussischen Geschäfte keinerlei Einfluß ausüben. Die Andeutung, daß unter Umständen auch von dem Rücktritt des Reichskanzlers als solchen die Rede sei, führt zu der Vermuthung, daß tiefer liegende Fragen vorliegen, deren Lösung in dem einen oder anderen Sinn einen Einfluß auf die gesammte Entwicklung der inneren Politik ausüben würde. Vermuthungen in dieser Richtung liegen um so näher, als bekanntlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bis heute noch keinen Anlaß gefunden

hat, ihrer Ansicht bezüglich der kaiserlichen Erlasse über die Arbeiterschutzgesetzgebung Ausdruck zu geben.

— Der Kaiser empfing vorgestern Nachmittag den Hauptmann im Kolbergischen Grenadier-Regiment Graf Gneisenau (2. Pommerschen) Nr. 9 Petermann, welcher dem Kaiser die Geschichte des Regiments im Beisein des Chefs des Regiments, General-Feldmarschalls Grafen Moltke überreichte. Demnachst ertheilte der Kaiser dem von Aurich nach Lüneburg versetzten Regierungspräsidenten von Colmar eine Audienz. Darauf unternahm der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten, und mit ihren Anverwandten, dem Herzog und der Herzogin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg eine Fahrt nach Charlottenburg. Abends hielt der Kaiser anlässlich der in diesem Jahre stattfindenden Herbstmanöver, eine militärische Konferenz ab, zu welcher mehrere hohe Offiziere der Armee und der kaiserlichen Marine befohlen worden waren. Vormittag unternahm der Kaiser mit der Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Darauf gewährte der Kaiser den Malern Koner, Prell und Becker eine Porträtsitzung. Nach Beendigung derselben begab sich der Kaiser nach dem Reichsamt des Innern, ertheilte dort dem neuernannten Ober-Präsidenten der Rheinprovinz Dr. Rasse die nachgesuchte Audienz und präsidirte darauf ebendasselbst einer Abtheilungssitzung des Staatsrathes.

— Die Bestimmungen über die anderweitige Geschäftsvertheilung, welche durch die jüngst erfolgten Personalveränderungen in den leitenden Stellen des Kultusministeriums nöthig wurden, sind, dem Vernehmen der „Kreuzztg.“ nach, kürzlich erfolgt. Danach behält der Unterstaatssekretär Dr. Barkhausen die Leitung der seit einer Reihe von Jahren von ihm verwalteten geistlichen Abtheilungen in so weit bei, als es sich um die evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten handelt. Die Direktion der übrigen, auf die geistliche Abtheilung entfallenden umfangreichen Geschäfte, insbesondere die Verwaltung der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten, der Rassen-Stiftungs-Ansachen und anderer allgemein-kirchlicher Fragen, sowie außerdem die Leitung der Medizinal-Abtheilung, welche bisher der jedesmalige Unterstaatssekretär inne hatte, ist dem Ministerial-Direktor, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Bartsch übertragen.

— Von den Beschlüssen, welche die Freisinnigen in einzelnen Wahlkreisen zu Gunsten der Unterstützung von kartellparteilichen Kandidaten in der Stichwahl mit Sozialdemokraten gefaßt haben, nimmt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ mit großer Befriedigung Kenntniß und zieht daraus den Schluß, daß die Freisinnigen im Lande anderer Ansicht seien, als die Parteileitung. Hierauf erwidert die „Zib. Korresp.“:

Uns ist bisher von einer Weisung der Parteileitung in Stichwahlfragen noch nichts bekannt geworden. Was jetzt bezüglich der Stichwahlen in einzelnen Wahlkreisen beschlossen wird, beruht auf freien Entschlüssen der Wahlkreise selbst. Eine Forderung, daß die Freisinnigen generell überall da, wo sie zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten die Entscheidung in der Hand haben, diese

Entscheidung im Sinne der letzteren geben sollen, ist unseres Wissens nirgendwo aufgestellt worden. Was wir bekämpft haben und auch noch bekämpfen, ist das Verlangen der Nationalliberalen, daß die Freisinnigen, nachdem sie sich den Grissen des Kartells bei den ersten Wahlen glücklich entzogen haben, bei den Stichwahlen ihren Dank dafür durch Unterstützung des Kartellkandidaten ausdrücken sollen. Nach nationalliberaler Ansicht haben die Freisinnigen überhaupt kein Recht zu selbständigem Auftreten. Wenn sie in Baden eigene Kandidaten aufstellen, so heißt das in nationalliberalen Jargon nur „die Auslieferung des bisher liberalen Landes an den Ultramontanismus“; die Aufstellung freisinniger Kandidaten in Hannover läuft wiederum nach der nationalliberalen Auffassung auf die Förderung der Welsen hinaus u. s. w. Wenn die Freisinnigen das Lob der Nationalliberalen erhalten wollten, so müßten sie gänzlich vom Wahlselde verschwinden.

Zur Wahlbewegung.

— Der konservative Wahlverein im zweiten Wahlkreise Berlins hat einstimmig beschlossen, für die Stichwahl zwischen Virchow und dem sozialdemokratischen Buchbindermeister Janitzewski allen Gesinnungsgegnossen strengste Wahlenthaltung zu empfehlen. Um so mehr ist es an den liberalen Bürgern, die regte Thätigkeit zu entfalten, damit am Tage der Stichwahl so viel Wähler, die am 20. Februar der Urne fern geblieben sind, ihr Wahlrecht ausüben, um einem Manne von dem Weltzuge, dem Charakter und den Verdiensten Rudolf Virchows den Sieg zu sichern.

Lokales.

Posen, den 27. Februar.

* **Feuer.** Heute Morgen 1/2 Uhr war im Hause Bronckersstraße Nr. 24 durch den schadhaften Schornstein ein Balkenbrand entstanden, welcher von den dortigen Bewohnern bald gelöscht wurde. Die inzwischen alarmirte Feuerwache kam nicht weiter in Thätigkeit.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet drei Bettler und ein Landstreicher. — Stirt die Frau eines Töpfergesellen, weil dieselbe in dem städtischen Wandbleib-Institute eine gestohlene Uhr verzeihen wollte. — Nach ihrer Wohnung geschafft: eine Arbeiterin, welche auf dem Alten Markte von Krämpfen befallen worden war. — Entlaufen ein junger Mops. — Verloren ein zweireihiges, rothes Korallen-Armband mit goldenem Schloß auf dem Wege von dem Zoologischen Garten nach dem Stadttheater und ein Portemonnaie aus gepreßtem Leder mit Inhalt von dem Kanonenplatz nach der St. Martinstraße.

Handel und Verkehr.

** **Ausgeschriebene Submissionen.** Am 10. März: Bromberg, Eisenbahn-Direktion, Portland-Cement. — Am 11. März: Bromberg, Eisenbahndirektion, Rübölzer. — Am 13. März: Bromberg, Eisenbahndirektion, Farben und Chemikalien. — Am 14. März: Bromberg, Eisenbahndirektion, Radreifen und Siedehöhren.

** **Auswärtige Konfurre.** [Eröffnungen.] Beim Gericht zu Nachen. Kaufmann Wilhelm Horigard daselbst. — Angerburg. Meiereiwächter Karl Heide in Bentheim. Bredstedt. Kaufmann Georg Baulsen daselbst. — Elsfleth. Apotheker Goswin Anton Karl Ferdinand Jungelbott in Verne. — Jüdis. Feilenhauer Heinrich Frigische daselbst. — Gmünd. Schreiner Theodor Klaus daselbst. — Gräfenhain. Gerichtsschreiber Karl Armin Metzhammer daselbst. — Gungenhausen. Krämer Wilhelm Rahn in Stadeln. — Jüterburg. Kaufmann Eduard Anshul daselbst. — Köln. Drogeengeschäftsinhaber Ernst Albert Blaier daselbst. — Köln. Kaufmann

persönliche Bereicherung zu thun ist. Wir besitzen nur erst in geringem Maße die Fähigkeit, die der Romane so überreich hat, Sache und Beruf völlig von der Person zu trennen, und in der Person des Andern nichts zu sehen als einen Menschen — für uns ist der Andere immer gleich Liberaler oder Konservativer, Freigeist oder Gläubiger, Realist oder Idealist. In Italien geschieht es oft, daß der Minister und der radikale Abgeordnete, die sich soeben in der Sitzung aufs Leidenschaftlichste befehdet haben, nachher Seite an Seite das Haus verlassen und zusammen speisen gehen, und wenn sie sich Abends in einem fremden Salon treffen, so plaudern sie aufs Gemüthlichste mit einander. Bei uns wäre so etwas kaum denkbar. Jede sachliche Gegnerschaft, jede geschäftliche Konkurrenz hat persönliche Abschließung von einander zur Folge. Als ich kürzlich in einer Monatschrift einen streng sachlichen Artikel über eine brennende Tagesfrage schrieb, dessen Gedanken von der landläufigen Meinung etwas abwichen, riefen mir gute Freunde, sehr ernsthaft Männer, ganz ehrlich, mich für einige Zeit so wenig als möglich an öffentlichen Orten zu zeigen, da ich von der Partei, die ich sachlich bekämpft hatte, Insulte zu gewärtigen hätte!

Diese befremdende Erscheinung hat mannigfache Gründe — auch sehr ehrenvolle. Was der Deutsche ist, glaubt, thut, kommt stets aus seinem inneren Herzen, es ist ihm nie um den Schein allein zu thun, wie oft dem Romanen, sondern es ist ihm ehrlich um das Wesen selbst, er lebt sich so hinein in seine Sache, daß er sich mit ihr ganz identifiziert, Person und Sache werden ihm völlig eins, untrennbar, er glaubt an die Wahrheit dessen, was er vertritt, und jeder Angriff darauf erscheint ihm als ein Verbrechen, ein Zweifel an seiner Ehrlichkeit, jeder Andersdenkende ein Schurke, ein Schwachkopf. In dieser heiligen Begeisterung vergißt er nur zu oft — was dem Romanen nie entfällt — daß der Mensch irrt, so lange er strebt. Man denke z. B. nur an den gereizten Ton in der wissenschaftlichen Polemik unserer erleuchtetsten Geister, z. B. Virchow und Dubois-Reymond. Dieser Charakterzug, ein Beweis untadelhafter Lauterkeit der Gesinnung, ehrt den Deutschen zwar sehr, aber er erschwert natürlich ungeheuer die Bildung einer neutralen Gesellschaft.

Den Berliner Hausdamen, welche häufig Gäste bei sich sehen, bereitet die Zusammenstellung jedes Gesellschaftsabends meist wahrhaft enbloße Schwierigkeiten, und nur der feine Takt, den die meisten besitzen, verhindert oft die schwierigsten Verwicklungen. Es ist in Berlin unendlich schwer, in einem Salon 24 Personen zusammen zu bringen — vor allem aus den Kreisen der Politik, Wissenschaft und Literatur — die auf freundschaftlichem Fuße mit einander stehen und zu ver-

hindern, daß zwei Todfeinde einander treffen, die leicht die Harmonie des Abends stören könnten. Noch heute lacht man im Westen Berlins über das Mißgeschick eines bekannten Dichters, der vor nun zwei Jahren zu einem Abendessen etwa 20 Personen geladen, die sämmtlich Einer des Andern Gegner waren, so daß ein großer Theil der Anwesenden sich alsbald wieder heimlich entfernte und der schuldlose Wirth sich nun die Feindschaft aller derer zuzog, die er gebeten.

Aber es ist auch der schreckliche, brutale Kampf ums Dasein, der Viele zu solch ungeselligem Verhalten zwingt. Er ist in Berlin härter als irgendwo, infolge des plötzlichen, ungeheuren Wachstums der Stadt, des unermesslichen Angebots von Arbeitskräften — und zwar tüchtigen — auf allen Gebieten. Die Schwierigkeiten des Erwerbs zwingen zur Bildung von Cliquen, kleinen Gemeinschaften, deren Mitglieder sich gegenseitig unterstützen und die Mitbewerber zurückdrängen. In keinem andern Ort der Welt steht das Cliquenwesen so stark in Blüthe — und es ist der Tod der Geselligkeit, die auf gegenseitiger freundschaftlicher Anerkennung beruht. Berlin ist theuer, viel theurer als Wien, München, Dresden. Eine bürgerliche Familie, die in Berlin anständig — und nur eben dies — leben will, hat einen Jahresbedarf von etwa 10 000 Mark. Diese Summe schließt jedoch geselliges Leben in höherem Stile noch völlig aus. Das ist eine ansehnliche Summe und will erworben, erarbeitet sein von einem einzigen Familienernährer! Der Berliner ist daher zu rastlosem Fleiße gezwungen, und wahrhaftig, in wenigen Städten der Welt wird so unablässig geschaffen wie hier. In London und Paris schließen die großen Geschäfte um 5 Uhr — in Berlin pulst der Verkehr bis gegen 7, 8, ja 9. Da fehlt die Zeit zur gräßlichen Ausbildung des gesellschaftlichen Lebens, zur Entwicklung der feinen Kunst einer anmuthigen Plauderei, die schwerer ist, als man glaubt. Mühsiggang ist aller Gesellschaftlichkeit Anfang. Der Berliner nimmt sich kaum Zeit, den Anzug zu wechseln, wenn er zu Tisch oder ins Theater geht; gar große Toilette zu machen, sich in den Frack zu werfen, wie in London, ist durchaus unmöglich. In fiebernder Hast wird das Mittagmahl hinuntergewürgt, den letzten Bissen noch zwischen den Lippen stürzt der geplagte Kaufmann oder Fabrikant schon wieder ins Geschäft, um sich zu überzeugen, ob während seiner Abwesenheit nichts vorgefallen. Kommt er des Abends nach Haus, so ist er müde zum Umfallen, er hat dann nur den einzigen Wunsch nach Ruhe, im Bett Kräfte zu sammeln für die Plage des nächsten Tages. Der Sonntag ist der einzige Tag, da ihm der Kampf ums Dasein Frieden läßt: dann verlangt er, sich

Bewegung zu machen, auszufahren, auszugehen, er will sich als Mensch fühlen, sich seiner Familie widmen, der Gattin, den Kindern, den Eltern oder Geschwistern. Leute, die nur von ihrem Gelde leben, giebt es hier verhältnißmäßig wenige, weit weniger als in anderen Großstädten: Berliner und Arbeiter sind identische Begriffe, wer hier nicht arbeitet, ist verloren, selbst das frühere Ideal glücklichen Faulenzertums, der Berliner Hansbester, ist heute infolge der steigenden Lasten und Ansprüche meist ein viel geplagter Mann. Dazu kommt, daß gerade ein Theil der Wohlhabenderen, welcher sein Glück dem Zufall verdankt — reich gewordene Hausknechte, Portiers, Kellner, Bauern der Vororte, deren Boden infolge des Wachstums der Stadt ungeheuer an Werth zunahm — keineswegs zu den Gebildeteren gehört, sondern seinen Gesellschaftsstrieb durch tag- und nachtelanges Spielen und Bechen vollauf befriedigt fühlt. Andere, welche ihre Reichthümer glücklichen Börsenspielen verdanken, tragen die bekannten Merkmale des Emporkömmlings in so ausgesprochener Weise zur Schau, daß der Verkehr mit ihnen für jeden Menschen von Geschmack unmöglich ist.

Ob alles dies sich einmal ändern, ob Berlin im zwanzigsten Jahrhundert jene Gesellschaft haben wird, deren Fehlen die Hauptstadt fortwährend in der peinlichsten Weise daran erinnert, wie jung sie im Verhältniß zu den alten, gefestigten Millionenstädten Europas ist?

Wer wollte sich vermessen, diese Frage heute zu beantworten?

Es ist wahr, der Reichthum Berlins wächst von Tag zu Tag, immer ungeheuerere Schätze stapeln sich auf in den Baarenhäusern des Zentrums, in den Kontoren und Bankhäusern der Friedrichstadt, in den stilvoll eingerichteten Villen und Wohnungen des Potsdamer Viertels. Aber mit dem zunehmenden Gesamtbesitz steigt auch die Theuerung des Lebens, die Schwierigkeit der Begründung eines Hausstandes. Wohl wird Berlin reicher, aber der Reichthum sammelt sich beständig in immer weniger Händen. In ganz Preußen kommen auf je eine Person mit steigendem Vermögen zwölf verarmende — und in Berlin dürfte der Gegensatz noch schärfer sein. Die wirtschaftlichen Vortheile der weltstädtischen Entwicklung kommen verhältnißmäßig wenigen zu gut, ihre Nachteile aber müssen wir alle tragen, denn der Preis von Fleisch und Brot steigt für Alle gleich.

So dürfte wohl noch viel Wasser die Spree hinabfließen, bis Berlin seinen Schwefelstein an der Seine und Themse triumphirend zeigen kann, was diese jetzt noch vor ihm voraus haben: eine „Gesellschaft.“

Friedrich Leiber daselbst. — Leonberg. Ochsenwirth Christian Get-
tich in Verone. — Vörsach. Landwirth Friedrich Güter in Hage-
berg. — Marienberg. Anna Marie Wittig, geb. Hilbert, daselbst.
— Marissa. Gastwirth Robert Linke in Nieder-Steinrich.
— Meerane. Schnittwaarenhändler Franz Louis Wiegner daselbst.
— Mölln i. L. Söfer und Schuhmacher Heinrich Seemann in
Hollenbeck. — Norden. Kaufmann Christoph Johann Schlüter
daselbst. — Saargemünd. Susanne Reichwein, geb. Werb, daselbst.
St. Blasien. Metzger Johann Kaiser daselbst. — Sonderburg.
Kaufmann Hilmar Hansen in Augustenburg. — Zellerfeld. Bäcker-
meister Louis Schäfer in Wildemann. — Zweibrücken. Aderer
Michael Schumacher in Seyweiler.

Berlin, 26. Februar. Central-Markthalle. [Amtlicher
Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel
in der Central-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Bei
starker Zufuhr fand ein ziemlich lebhafter Handel statt. Schweine-
fleisch, wie auch Hammelfleisch und Rindfleisch III. Qualität höher
bezahlte. Wild und Geflügel. Schwache Zufuhr. Preise hoch.
Geflügel mäßig zugeführt. Enten sehr hoch bezahlt. Puten billi-
ger. Fische. Die Zufuhr lebender Fische blieb knapp, von See-
fischen ausreichend. Feinere Fischsorten und Lachsarten jedoch nicht
genügend am Markt und gesucht. Das Geschäft verlief gut. Preise
entsprechend. Butter. Die heutige Zufuhr war nicht ausreichend.
Preise fest. Käse etwas lebhafter. Preise unverändert. Gemüse,
Obst und Süßfrüchte. Unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—58, IIa 46—54, IIIa 38—42, Kalb-
fleisch Ia 58—62, IIa 48—55, Hammelfleisch Ia 53—55, IIa 48—50,
Schweinefleisch 58—63, Baconier do. — M., russisches do. 53 bis
54 M. per 50 Kilo.

Geräucherter und gesalzener Fleisch. Schinken ger. mit
Knocken 85—100 M., Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.
Wild. Damwild per 1/2 Kilo 0,60—0,80, Rothwild per 1/2 Kilo
0,50—0,57, Rehwild Ia 1,10—1,30, IIa bis 0,95, Wildschweine 0,50
bis 0,65 M.

Wildgeflügel. Fasanehähne 3,50—5,00 M., Birkhähne
2,10—2,25 M., Wildenten 1,50—2,00 M., Seeenten 0,40—0,50 M.,
Schneehühner 0,90—1,30 M., Krametsvögel — M.,
Fahmeß Geflügel, lebend. Gänse — M., Enten 1,70
bis 2,50 M., Puten 4,00—6,00 M., Hühner, alte 1—1,50 M., do.
junge — M., Tauben 0,50—0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilo 77 M., Zander klein 80—100 M.,
Barrasche 58—60 M., Karpfen, große 85 M., do. mittelgr. 72 M., do.
kleine 69 M., Schleie 76 M., Bleie, 56 M., Aal —, bunte
Fische (Büßhe u. f. w.) 43—46 M., Aale gr. — M., do. mittel-
große — M., do. kleine — M., Krebse, große pr. Schock — M.,
mittelgr. 2,50—4 M., do. kleine 10 Centimeter, 1,50—1,75 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westr. Ia. 108—110 M., IIa. 106
bis 105 M., schlesische, pommerische und pommische Ia. 106—108 M.,
do. do. IIa. 100—105 M., ger. Hofbutter 85—95 M., Landbutter
72—82 M. — Eier. Hochprima Eier 2,75 M., Kasseier — M.
per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisefartoffeln 1,20—1,60
Markt, do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Min-
panische Delikatess 5—6 M., Zwiebeln 9—10,00 M., per 50 Kilogr.,
Mohrrüben lange per 50 Liter 1 M., Blumenkohl, per 100 Kopf
35—38 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, französisch
100 Kopf 10—12 M., Spinat per 50 Str. 3,00—3,50 M., Kochkohl
— M., Tafeläpfel, tyroler — M., p. 50 Kilo, Äpfel, per 50 Kilo
franz. Marbois 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische —
M., rumänische — M., Hafelnüsse, rund. Sicilianer 26—28 M.,
do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Parmanisse 35—48 M., franz.
Krautmandeln 95—100 M., Apfelsinen, Messina, 11—15 M.,
Zitronen, Messina 9—14 M. per 50 Kg.

Bromberg, 26. Februar. (Bericht der Handelskammer.)
Weizen: feiner 176—180 M., geringer nach Qualität 170—175 M.,
feinster über Notiz. — Roggen nach Qualität 157—161 M., feinsten
über Notiz. — Braugerste nominell 160—165 M., Futtergerste 140—
150 M. — Hafer nominell nach Qualität 150—160 M. — Rod-
erbsen 160—170 M., Futtererbsen 140—155 M. — Wicken
150—160 M., — Spiritus 50er Konsum 51,00 M., 70er 31,50
M.

Marktpreise zu Breslau am 26. Februar.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.		gute		mittlere		gering. Waare	
		Schö- her	Nie- drigt.	Schö- her	Nie- drigt.	Schö- her	Nie- drigt.
Weizen, weißer	pro	19 30	19 10	18 70	18 30	17 70	17 20
Weizen, gelber	pro	19 20	18 90	18 60	18 20	17 60	17 10
Roggen	100	17 40	17 20	17 —	16 70	16 50	16 30
Gerste	100	18 —	17 30	15 80	15 30	14 30	12 80
Hafer	Kilogr.	16 60	16 40	16 20	16 —	15 80	15 40
Erbsen	100	18 —	17 50	16 50	16 —	15 —	14 50

Raps, per 100 Kilogramm, 28,20—26,20—24,70 Markt.
Wintererbsen 27,80—26,20—24,60 Markt.
Sommererbsen — — — — — Markt.
Dotter — — — — — Markt.
Schlaglein 21,50—20,25—18— Markt.
Hanfsaat — — — — — Markt.

Breslau, 26. Februar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)
Roggen per 1000 Kilogramm — Gefünd. — Ctr.
per Februar 176,00 Br., April-Mai 177,00 Br., Mai-Juni 178,00
Br.

Hafer (per 1000 Kilogr.) Gefündigt —, Ctr., per Februar
165,00 Br., April-Mai 161,00 Br.

Rübsöl (per 100 Kilogramm) — Gefündigt —, Ctr., per
Februar 72,00 Br., Februar-März 72,00 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M.
Verbrauchsabgabe. Gefündigt —, Ctr., per Februar (50er) 51,00
Gd., (70er) 31,50 Gd., April-Mai (70er) 32,00 Gd.

Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsenkommission.
Zuckerbericht der Magdeburger Börse.
Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.		25. Februar.	26. Februar.
Fein Brodrassnade		27,50—28,00 M.	27,50—28,00 M.
Fein Brodrassnade		—	—
Gem. Raffinade II.		26,00—27,00 M.	26,00—27,00 M.
Gem. Melis I.		25,25—25,50 M.	25,25—25,50 M.
Kristallzucker I.		26,25 M.	26,25 M.
Kristallzucker II.		—	—
Melasse Ia.		—	—
Melasse IIa.		—	—

Tendenz am 26. Februar: Vormittags 11 Uhr. Ruhig.
B. Ohne Verbrauchssteuer.

25. Februar.		26. Februar.
Granulirter Zucker		—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	16,70—16,90 M.	16,70—16,90 M.
do. Rend. 88 Proz.	15,90—16,10 M.	15,80—16,05 M.
Nachr. Rend. 75 Proz.	11,75—13,40 M.	11,75—13,40 M.

Tendenz am 26. Februar: Vormittags 11 Uhr. Etwas ruhiger.
Stettin, 26. Februar. Wetter: Leicht bewölkt. Temp.
2 Gr. R., Morgens — 5 Gr. R., Barom. 28,3. Wind: W.
Weizen etwas fester, per 1000 Kilogr. loco 182—190 M.
bez., per April-Mai 191 M. bezahlt, per Mai-Juni 192 M.
bez., per Juni-Juli 193 M. bez., 192,75 M. Br. u. Gd. — Roggen

wenig verändert, per 1000 Kilogramm loco 162—166 M. Gd.,
per April-Mai 168 M. bez., per Mai-Juni und Juni-Juli 167,5
M. bez., per September-Oktober — M. bez. — Gerste per 1000
Kilo loco — M. — Hafer fest, per 1000 Kilo loco 158—163 M.
bez. — Rübsöl ruhig, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinig-
keiten flüssiges 71 M. Br., per Februar 70 Markt Br., per April-
Mai 69,5 Markt Br. — Spiritus höher, per 1000 Liter-Prozent
loco ohne Faß 70er 33 M. bez., 50er 52,5 M., per April-Mai
70er 33 M. Gd., per August-September 70er 34,5 M. Br. — An-
gemeldet: Nichts.

Landmarkt: Weizen 186—189 M., Roggen 167—169 M.,
Gerste 175—180 M., Hafer 165—170 M., Kartoffeln 25—30 M.,
Heu 2,75—3 M., Stroh 38—40 M.
(Ostsee-Stg.)

Leipzig, 26. Februar. [Bollbericht.] Rammzug-Termin-
handel. La Plata. Grundmuster B. per Februar 4,92 1/2 M., per
März 4,90 M., per April 4,90, per Mai 4,90, per Juni
4,90, per Juli 4,90, per August 4,90, per September 4,90,
per Oktober 4,90, per November 4,90, per Dezember 4,90.
Umsatz 70 000 Kilogramm. Ruhig.

Wien, 26. Februar. Die Dividende der österreichischen
Kreditanstalt ist auf 17 Fl. festgesetzt worden. Der Verwal-
tungsrath beantragt außerdem, den Reservefonds mit ca. 630 000
Fl. zu dotiren und ca. 130 000 Fl. auf neue Rechnung vorzutragen.
Die Gewinne aus den Konfortialgeschäften, sind, soweit sie
bis zum 31. Dezember 1889 abgewidmet waren, in das zur Ver-
theilung kommende Erträgniß einbezogen. Von dem Buchwerthe
des Anstaltsgebäudes werden 100 000 Fl. abgeschrieben.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Februar. Der Kaiser wohnt seit zehn Uhr
Vormittags der Sitzung der Staatsraths-Abtheilungen bei.

Mainz, 27. Februar. Der Domkapitular Mousfang
und der evangelische Prälat Dr. Schmidt sind gestorben.

Berlin, 27. Februar. [Telegraphischer Spezial-
Bericht der „Posener Zeitung.“] Das Abgeordneten-
haus beriet in erster Lesung die Vorlage über die Unter-
haltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien, die an eine
Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen wurde. Von ver-
schiedenen Rednern wurde Einspruch erhoben gegen die Be-
lastung der Kreise durch die Vorlage und Tragung der Unter-
haltungskosten durch größere Verbände, sowie Staatshilfe
verlangt. Minister Lucius befrucht die Verpflichtung
des Staates zur Mittragung der Kosten, sagte aber
das Wohlwollen der Regierung zu. Demgegenüber
betonte Abg. Eberth, daß man hier nicht den Standpunkt
des Vertrauens einnehmen dürfe, da es sich um Lasten
handle, die für viele Kreise unerträglich sein würden und
die daher die Allgemeinheit tragen müsse. Vor der Rege-
lung der Frage, betreffend die Unterhaltungspflicht, sei auch
eine gesetzliche Regelung der Frage der Regulirung nothwendig.
Die Vorlage über die Regulirung der Oder und der Spree
passirte die erste Lesung ohne bemerkenswerthe Debatte und
wird unmittelbar zur zweiten Lesung gelangen. Nach Erle-
digung mehrerer kleiner Vorlagen ergab sich bei einer Ab-
stimmung die Anwesenheit von nur 183 Mitgliedern, worauf
wegen Beschlussunfähigkeit sich das Haus auf Montag ver-
tagte. Zur Berathung gelangt dann der Justizetat.

Wetterbericht vom 26. Februar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresnib reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Meißen	774	ND	5 bedeckt	6
Aberdeen	775	ND	5 wolfig	4
Christiansund	767	ND	8 Schnee	-2
Kopenhagen	760	WSW	5 Dunst	0
Stockholm	756	N	2 Schnee	0
Haparanda	749	WS	4 bedeckt	-6
Petersburg	753	WSW	2 heiter	-6
Moskau	756	WSW	2 bedeckt	-5
Cork Queenst	772	ND	3 halb bedeckt	4
Gherbourg	768	ND	4 bedeckt	5
Helber	768	WSW	1 Nebel	0
Sylt	764	W	4 Dunst	-1
Hamburg	766	SW	3 wolkenlos	-3
Swinemünde	765	SW	3 heiter	-3
Neufahrwass.	764	W	3 bedeckt	-1
Memel	761	W	5 bedeckt	1
Paris	765	WSW	2 wolkenlos	-2
Münster	767	ND	1 wolkenlos	-4
Karlsruhe	765	ND	4 wolkenlos	-2
Stuttgart	766	ND	2 wolkenlos	-2
München	764	still	Dunst	-8
Chemnitz	768	S	1 wolkenlos	-9
Berlin	767	SSW	2 wolkenlos	-3
Wien	768	N	1 wolkenlos	-6
Breslau	768	SD	3 wolkenlos	-5
St. d'Ag.	763	ND	6 wolkenlos	1
Nizza	758	ND	7 bedeckt	5
Triest	766	ND	4 wolkenlos	2

1) Nachts feiner Schnee. 2) Nebel. 3) Nebel.

Skala für die Windstärke.
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch,
6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm,
11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Februar Mittags	1,36 Meter.
„ „ 27. „ Morgens	1,36 „
„ „ 27. „ Mittags	1,40 „

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 26. Februar Abends: 15,9 Normalkerzen.

Börse zu Posen.

Posen, 27. Februar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gefündigt —, L. Kündigungspreis (50er) 51,50,
(70er) 32,—. (Loko ohne Faß) (50er) 51,50, (70er) 32,—.

Posen, 27. Februar. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 51,60, (70er) 32,—.
Quant (50er) 52 70, (70er) 34,—.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 27. Februar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Not. v. 26.		Not. v. 26.	
Weizen ermattend		Spiritus still	
pr. April-Mai	197 25 197 —	70er loco o. Faß	34 — 33 80
Juni-Juli	196 52 196 —	70er Februar	33 40 33 40
Roggen flauer		70er April-Mai	33 50 33 50
„ April-Mai	172 — 171 50	70er Aug.-Septbr.	34 90 34 90
„ Juni-Juli	170 — 169 25	50er loco o. Faß	53 50 53 40
Rübsöl höher			
pr. April-Mai	71 30 70 50		
Septbr.-Oktober	72 60 71 80		
Hafer			
pr. April-Mai	163 50 163 50		
Kündigung in Roggen — Bsp.			
Kündigung in Spiritus (70er) 10 000 Liter, (50er) —, 000 Liter.			
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)	Not. v. 26.		
do. 70er loco	34 — 33 80		
do. 70er Februar	33 20 33 20		
do. 70er April-Mai	33 40 33 40		
do. 70er Juni-Juli	34 10 34 10		
do. 70er Aug.-Septbr.	34 90 34 80		
do. 50er loco	53 50 53 40		

Not. v. 26.		Not. v. 26.	
Konsolidirte 48 Anl. 106 20 106 30		Poln. 58 Pfandbr.	66 30 66 90
3 1/2 102 20 102 20		Poln. Liquid.-Pfandbr.	— 60 75
Boj. 48 Pfandbriefe 102 — 102 —		Ungar. 48 Goldrente 88 50	88 50
Boj. 3 1/2 Pfandbr.	99 70 99 80	Ungar. 58 Bapierr.	84 60 84 60
Boj. Rentenbriefe	104 — 104 10	Deutr. Kred.-Akt.	176 90 176 25
Deutr. Banknoten	171 35 171 80	Deutr. Staatsb.	96 75 96 25
Deutr. Silberrente	75 80 76 —	Vombarden	58 40 58 10
Russ. Banknoten	222 15 220 90	Fondstimmung	fest
Russ. 4 1/2 Pfandbr.	99 — 99 —		

Deutr. Südb. E. S. A.	87 40 86 60	Schwarzkopf	245 50 245 50
Mainz-Ludwigshf. 123 10 123 40		Königs-u. Laurah.	158 75 156 25
Mariemb. Lawd. 58 — 57 —		Dortm. St. Pr. La. A. 103 25	102 25
Italienische Rente	93 50 93 40	Unverz. Steinialz	52 90 53 —
Russ. 4 1/2 Anl. 1880 94 — 93 90		Ultimo:	
do. zw. Orient. Anl. 69 25 68 50		Dux-Bodenb. Gf. B. 216 75	215 —
do. Bräm.-Anl. 1866 157 50 157 —		Elbthalbahn	99 75 98 80
Rum. 68 Anl. 1880 104 25 104 90		Galizier	83 75 82 60
Türk. 18 kons. Anl. 17 90 17 90		Schweizer Ctr.	151 60 151 —
Boj. Provinz. B. A.	— — — —	Berl. Handelsgezell.	183 50 182 —
Landwirthsch. B. A.	— — — —	Deutsche B. Akt.	175 — 174 50
Boj. Spritfabr. B. A.	— — — —	Disconto Kommand.	237 40 235 75
Gruson Werke	171 — 169 —	Russ. B. f. ausw. S.	75 25 74 25
Nachbörse:		Staatsbahn	96 50, Kredit 176 60, Disconto-
Rom. 287 —			

Stettin, 27. Februar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Not. v. 26.		Not. v. 26.	
Weizen fester		Spiritus unverändert	
April-Mai	191 50 191 —	per loco 50 M. Abg.	52 50 52 50
Juni-Juli	193 50 192 50	70	33 — 33 —
Roggen fest		„ April-Mai 70 M.	32 90 33 —
April-Mai	169 — 168 —	Petroleum*)	
Juni-Juli	168 50 167 50	do. per loco	12 — 12 —
Rübsöl fest			
Februar	70 — 70 —		
April-Mai	70 — 69 50		

*) Petroleum loco verteuert Usance 14 pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen
werden im Morgenblatte wiederholt.

Deutsche freisinnige Partei!

Parteigenossen! 20 freisinnige Abgeordnete sind ge-
wählt und noch 60 freisinnige Kandidaten befinden sich in
Stichwahlen. Es ist hiernach begründete Aussicht vorhanden,
die freisinnige Partei im Reichstage zu verdoppeln,
wenn überall bei den Stichwahlen kräftig vorgegangen wird.
Aber in vielen neuen Wahlkreisen sind die Geldmittel erschöpft
und unser Centralwahlfonds ist nach der Ausdehnung, welche
die Wahlbewegung genommen, außer Stande, überall zureichende
Unterstützung zu gewähren. Deshalb bitten wir alle Freunde
dringend, sofort Beiträge zu unserm Centralwahlfonds
an den Schatzmeister desselben, Herrn Abgeordneten Hugo
Hermes, Berlin C., Neue Promenade 3, oder an Herrn
Hugo Hünze, Berlin W., Potsdamerstr. 136/137, einsenden
zu wollen. Quittung erfolgt durch die „Parlamentarische
Korrespondenz“, auf Wunsch unter Chiffre.

Geschäftsführender Ausschuss der deutschen freisinnigen Partei.

Theodor Barth. Hugo Hermes. Rudolf Parisius.
Eugen Richter. Ridert. Schrader.

